

# PNEC – Project for the New European Century<sup>i</sup>

Von Jochen Scholz

## Vorbemerkung

Als Staat „Interessen“ zu haben gilt in der deutschen Bevölkerung vielfach noch immer als unanständig, obwohl durchaus gesehen wird, dass Deutschland Objekt der Interessenlage anderer ist. Vielleicht liegt hier der Grund für in unserem Land besonders enthusiastisch geführte Menschenrechts- und Burka-Befreiungsdebatten. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte von 1933-1945 und der bis 1990 eingeschränkten Souveränität ist verständlich, dass die Westbindung und -Unterordnung während des Systemkonfliktes mit seinem spezifischen sicherheitspolitischen Kontext wenig Raum ließ, eigene Interessen zu formulieren und politisch zu verfolgen. Der ökonomische Riese Bundesrepublik Deutschland wählte den Weg einer bis heute andauernden Überidentifikation mit der Vormacht des Westens unter dem Rubrum „transatlantische Wertegemeinschaft“. Entscheidend dazu hat beigetragen, dass die Vereinigten Staaten die Deutschen kollektiv von ihrer Nazi-Vergangenheit entlasteten, indem sie ihnen – aus wohlverstandener Eigeninteresse – die Brücken für die Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft bauten. Entsprechend misstrauisch wurde der Versuch von Willy Brandt in Washington betrachtet, einen im deutschen Interesse liegenden Ausgleich mit den osteuropäischen Nachbarn, der DDR und der Sowjetunion zu suchen. Wie sich herausgestellt hat, wurde die „Ostpolitik“ zum Katalysator einer Entwicklung, die ab 1990 zur historisch einmaligen Dominanz der USA als einzige Supermacht geführt hat. Somit hat der einzige Versuch der Bundesrepublik, sich partiell von der Vormacht zu emanzipieren – Ironie der Geschichte – letztlich deren Interessen gedient.

Der überschaubare geopolitische Zustand während des Kalten Krieges hat sich grundlegend geändert. Die seit dem Ende des Ost-West Konflikts mit dem Wegfall der strategischen Balance dramatisch veränderten Rahmenbedingungen, der europäische Einigungsprozess, die fortschreitende wirtschaftliche und kommunikative Globalisierung und die sich herausbildenden neuen Kraftzentren beeinflussen die internationalen Beziehungen in einer neuen Qualität. US-Unternehmen haben sich darauf zum Teil besser eingestellt, weil ihnen die Politik die Wege ebnet, ggf. mit Brachialgewalt. Die deutsche und die europäische Politik und Wirtschaft verharren dagegen in einem Zustand des Reagierens und halten an einer überkommenen transatlantischen Interessenidentität fest, anstatt sich offensiv mit der Blaupause für die Nationale Sicherheitsstrategie der USA auseinander zu setzen, deren Ursprünge auf die Wendezeit zurückgehen: „Rebuilding America’s Defenses“<sup>1</sup>, herausgegeben von Paul Wolfowitz.

Dieses Verhalten hat jedoch negative Auswirkungen auf die deutsche und europäische Wirtschaft. Sie lassen sich an konkreten Beispielen der vergangenen Jahre nachweisen.

---

<sup>i</sup> Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Papiers an den BDI und mehrere deutsche Großunternehmen

## Der Taktgeber

Im Managermagazin war im Jahr 2003 der folgende Kommentar zu lesen:

*„Die USA geben den Takt vor. Militärisch, politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, juristisch, kulturell, moralisch. Die normative Kraft des Faktischen, die Definitionshoheit der Macht, des fast unbegrenzten und offenbar kaum von Zweifeln angekränkelten Führungs- und Gerechtigkeitsanspruchs der Eliten der USA prägen auf zunehmend irritierende Weise das, was weltweit gedacht und gemacht wird, gedacht und gemacht werden muss, womit sich die Betroffenen – ob sie wollen oder nicht – oft teuer auseinandersetzen müssen.....Man muss nicht ‚Schurkenstaat‘ sein, um dies zu erfahren.....Und kostspielig kann es immer häufiger werden. So kostspielig, dass man von schweren wirtschaftlichen Schäden sprechen muss – direkt, unmittelbar, individuell“<sup>2</sup>*

Der konkrete Anlass: Über den „Iran and Libyan Sanctions Act“<sup>3</sup> nötigte die US-Regierung ThyssenKrupp zum Rückkauf von 16,9 Millionen eigener Aktien von der IFIC Holding AG Essen zum Preis von 24 Euro pro Aktie (Tageskurs 9 Euro). Damit wurde die Beteiligungsquote der IFIC, die im Anteilsbesitz des Iran steht, an der ThyssenKrupp AG auf unter fünf Prozent gedrückt und gleichzeitig die ohnehin negative Konzernbilanz weiter verschlechtert. Paragraph 71 Abs. 1 Nr. 1 Aktiengesetz kam zur Anwendung (Abwehr eines schweren, unmittelbar bevorstehenden Schadens) wegen von den USA angedrohten Restriktionen für den Marktzugang von Unternehmen des Konzerns in den USA. Es gibt weitere Beispiele.

Eine Reaktion der Bundesregierung wurde nicht bekannt. Der Kommentator, marxistischer oder antiamerikanischer Umtriebe unverdächtig, nimmt den Vorgang zum Anlass, Politik und Wirtschaft in Europa, „insbesondere aber die Krisen- und Planungsstäbe der europäischen Unternehmen selbst“ aufzufordern, sich „strategisch und taktisch mit der ‚neuen Weltordnung‘ auseinander zu setzen. Sonst werden sie nicht angemessen umgehen können mit den aus den aus dieser neuen Ordnung entstandenen neuen Unternehmensrisiken.“ Ich stimme Johannes Reich, Head of Metzler Equities<sup>4</sup>, zu, gehe allerdings einen Schritt weiter.

## Zwei Herausforderungen

Die Welt außerhalb der Vereinigten Staaten ist mit zwei Herausforderungen konfrontiert, die ihre Handlungsspielräume einrahmen:

- Die militärische Suprematie der USA nach dem Kollaps der Sowjetunion
- Die mit Hilfe des Dollarsystems und der notfalls militärischen Kontrolle<sup>5</sup> der Energieströme auf ein bestimmtes Segment der größten Volkswirtschaft hin optimierte Weltwirtschaftsordnung

Zwischen beiden besteht eine fruchtbare Wechselbeziehung. Sie sind die tragenden Säulen der neuen Weltordnung. Die oben erwähnte Studie „Rebuilding America’s Defenses“ der republikanischen Denkfabrik „Project for the New American Century“

(PNAC)<sup>6</sup> fordert, dass die Vereinigten Staaten jeder denkbaren Staaten-Koalition deutlich überlegen sein müssen. Ausdrücklich wird dies auf das Militärische in allen Dimensionen und die Wirtschaft bezogen. Die klein zu haltenden potentiellen Konkurrenten werden benannt. Unter ihnen befinden sich die EU und China. Die ursprünglich rein militärische Zielvorstellung einer „Full Spectrum Dominance“ der USA ist heute auf alle Bereich der internationalen Beziehungen und den Weltraum erweitert worden. Dazu der englische Schriftsteller Harold Pinter bei der Verleihung des Nobelpreises 2005:

*"I have said earlier that the United States is now totally frank about putting its cards on the table. That is the case. Its official declared policy is now defined as 'full spectrum dominance'. That is not my term, it is theirs. 'Full spectrum dominance' means control of land, sea, air and space and all attendant resources."*<sup>7</sup>

Das Dokument atmet die ahistorische Vorstellung, die USA könnten ihre hegemoniale Stellung nicht nur auf Dauer behaupten, sondern sie auch gegen andere Kraftzentren mit einer zum Teil dynamischen Entwicklung ausbauen. Dass die bestehende Völkerrechtsordnung auf diesem Weg ein zu beseitigendes Hindernis ist und multilaterale Ansätze in den internationalen Beziehungen zur Bewältigung von Problemen und Konflikten nur dann Mittel der Wahl sind, wenn sie der amerikanischen Interessenlage dienen, ist die logische Konsequenz.

Dies wird auch ganz offen ausgesprochen, wie die Themen einer Konferenz von Ende April 2000 für hochrangige osteuropäische Regierungsvertreter in der slowakischen Hauptstadt Bratislava zeigen. Sie wurde vom State Department und der „New Atlantic Initiative“<sup>8</sup> ausgerichtet, die ein Projekt des republikanischen außenpolitischen Instituts „American Enterprise Institute“ ist. Als einziger deutscher Politiker war der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer<sup>9</sup> eingeladen. Er ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Bundestages und war von 1987 bis 1992 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Das Ergebnis der Konferenz hat er in einem Brief an den damaligen Bundeskanzler zusammengefasst. Wimmers Bewertung des Vorgetragenen:

*„Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales recht im Wege steht, wird es beseitigt. Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.“*<sup>10</sup>

Nun wäre es eine Illusion anzunehmen, die amerikanischen Vorstellungen über das Verhältnis des Restes der Welt zu den USA wären auf das neokonservative Spektrum der US-Eliten beschränkt. Das „Progressive Policy Institute“, ein der demokratischen Partei nahestehendes außenpolitisches Institut, hat im Oktober 2003 die „Democratic National Security Strategy“<sup>11</sup> veröffentlicht. Ihre Kernaussage lässt sich so zusammenfassen:

Die Regierung Bush hat unsere Verbündeten vor den Kopf gestoßen; dies war äußerst unklug, denn wir brauchen sie doch zur Durchsetzung unserer Interessen.

Das ist lediglich Methodenkritik bei gleicher Zielsetzung. Mit den kontinentaleuropäischen Vorstellungen von einem funktionierenden internationalen System hat dies ebenso wenig zu tun, wie die seit dem 11. September 2001 immer brutaler werdende hegemoniale Politik der jetzigen US-Regierung. „America first“ ist der gemeinsame demokratisch/republikanische Nenner und damit die Konstante der US-Politik, auf die sich Europa und die anderen Machtzentren der Welt einzustellen haben. Vor allem aber: Unter diesen Bedingungen, die der Stärkere diktiert, erweisen sich die Beschwörungen einer transatlantischen Wertegemeinschaft als pure Illusion. America first ist das Kontrastprogramm zum Multilateralismus, der von europäischen Politikern leider mehr in Sonntagsreden beschworen, denn pro-aktiv auf die internationale Agenda gesetzt wird. Multilateralismus ist ja keine akademische Veranstaltung, sondern entspringt als Konzept für das Zusammenleben auf unserem Planeten den leidvollen historischen Erfahrungen, die Europäer seit Jahrhunderten, aber ganz besonders im 20. Jahrhundert mit zwei Weltkriegen machen mussten. Den USA sind diese bisher erspart geblieben. Das kollektive Bewusstsein ihrer Bürger ist insofern im Zustand der Unschuld, was die anfänglich meist breite Zustimmung zu jedwedem Krieg erklären mag. Multilateralismus setzt deswegen auf gleichberechtigte Akteure, ein verlässliches, funktionierendes Regelwerk, Interessenausgleich und die Herrschaft des Rechts.

Ein Blick auf den US-Verteidigungshaushalt, wie er euphemistisch genannt wird, ist selbsterklärend. Er beläuft sich für das Fiskaljahr 2008 auf 500 Milliarden Dollar plus 200 Milliarden für die Kriege im Irak und in Afghanistan. (Zum Vergleich: Der deutsche Militärhaushalt beträgt 2008 29,3 Milliarden Euro = 43,3 Mrd. Dollar). Diese Höhe der amerikanischen Verteidigungsausgaben lässt sich mit keiner einzigen real bestehenden Bedrohung rechtfertigen. Er dient nur einem Ziel: Dem Austragen geoökonomischer Konkurrenz um knapper werdende Rohstoffe und umkämpfte Absatzmärkte mit militärischen Mitteln.

Dazu eine Zitate-Sammlung aus dem Wolfowitz-Papier<sup>12</sup>

*„At present the United States faces no global rival....America’s grand strategy should aim to preserve and extend this advantageous position as far into the future as possible. There are, however, potentially powerful states dissatisfied with the current situation and eager to change it, if they can....The US must discourage advanced industrial nations from challenging our leadership, or even aspiring to a larger regional or global role.”*

*Dass zur Durchsetzung dieser Ziele auch über Mittel nachgedacht wird, die menschenverachtend und rassistisch sind, zeigt die Überlegung am Schluss des Dokuments, wo ein Ausblick auf künftige Entwicklungen gegeben wird. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Wolfowitz ab 2001 stellvertretender Verteidigungsminister war und zu den Autoren des Papiers Robert Kagan (Carnegie Endowment for International Peace) und William Kristol (The Weekly Standard) gehören:*

*“And advanced forms of biological warfare that can target specific genotypes may transform biological warfare from the realm of terror to a politically useful tool.”*

Ein solches Denken braucht historische Vergleiche mit der jüngsten Vergangenheit nicht zu scheuen. Am Beginn der Tat steht immer das Wort. George Orwell schrieb:

Krieg ist Frieden. Der Durchschnittsbürger der „westlichen Wertegemeinschaft“ erfährt in aller Regel nichts von diesen zynischen Handlungsanweisungen. In den deutschen Mainstream-Medien waren sie jedenfalls kein Thema. Folglich erliegt er der Symbolwirkung der Freiheitsstatue, nicht wissend, dass deren Botschaft seit dem 11. September 2001 im Inneren der Vereinigten Staaten nur mehr eingeschränkt gilt und außerhalb des US-Territoriums seit den Tagen eines Präsidenten John Quincy Adams<sup>13</sup> keine Rolle mehr gespielt hat. In einer Gedenkrede zum 4. Juli 1821 sagte Adams, dass nur dann ein Krieg gerechtfertigt wäre, wenn die Rechte oder die Sicherheit der eigenen Nation direkt bedroht würden, und fuhr fort:

*“Wherever the standard of freedom and Independence has been or shall be unfurled, ... there will be her heart, her benedictions and her prayers be. But she goes not abroad, in search of monsters to destroy. She is the well-wisher to the freedom and independence of all. She is the champion and vindicator only of her own. She well knows that by once enlisting under other banners than her own, were they even the banners of foreign independence, she would involve herself beyond the powers of extrication, in all the wars of interest and intrigue, of individual avarice, envy, and ambition, which assume the colors and usurp the standard of freedom.”<sup>14</sup>*

Die Welt könnte sich glücklich schätzen, gälte diese Handlungsmaxime auch für seine Nachfolger.

Stattdessen wird die Bedrohung der nationalen Sicherheit zur Tarnkappe, unter der sich die imperialen Interessen verbergen. Das Vorgehen gegen den Irak im Jahr 2003 bündelt Interessenlage, Methoden und Legitimations-Rhetorik wie in einem Brennglas.

Den 200 000 begeisterten Menschen rund um die Berliner Siegessäule beim Besuch des möglichen demokratischen Präsidenten Obama am 24. Juli 2008 waren die Grundkonstanten und Triebkräfte der geostrategisch ausgerichteten amerikanischen Außenpolitik seit Beginn des 20. Jahrhunderts offenkundig nicht bewusst, die für Demokraten und Republikaner gleichermaßen gelten. Amerika hat zwei Weltkriege geführt, um eurasische Macht zu werden, die auf diesem Kontinent den Ton angibt. Das Haupthindernis auf dem Weg zu den zentralasiatischen Märkten und Energiereserven war mit dem Kollaps der Sowjetunion 1991 vermeintlich entfallen. Diese einmalige historische Chance wurde von der US-Politik seitdem auch mit einer ständig aggressiver werdenden Attitüde gegenüber den Bündnispartnern praktisch genutzt, während in Europa noch von der „Friedensdividende“ geträumt wurde. Institutionell wird die Vorherrschaft über die NATO und die OSZE ausgeübt. Die – aus US-Sicht – drohende Gefahr, dass die EU mit ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) die Umklammerung lockern könnte, wurde mit dem „Berlin Plus“-Abkommen<sup>15</sup> vorläufig gebannt.

Wenngleich es die USA geschickt verstehen, die unterschiedlichen Interessen und die historisch bedingten Vorbehalte der Europäer gegeneinander auszuspielen, bleibt doch festzuhalten: Für ein solches Spiel braucht es stets zwei. Balkankrieg, NATO-Osterweiterung, das 1999er neue strategische Interventions-Konzept der NATO unter Abkoppelung von der Charta der VN, das Abstreifen lästiger Vertragsbindungen, die völkerrechtswidrigen Überfälle im Irak und in Afghanistan<sup>16</sup> wurden und werden von der EU mitgetragen und vor allem: Sie steht damit in der Mitverantwortung. Dass diese Entwicklungen vom demokratischen Präsidenten Clinton in Gang gesetzt wurden, verweist auf eine

## Überparteiliche US-Interessenlage

Ein – zwangsläufig grober - Blick auf Rahmenbedingungen, Mechanismen und Instrumente der „neuen Weltordnung“ sowie die Antwort auf die Frage „cui bono“ verdeutlicht dies.

- Die Gestaltung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage des Rechts des Stärkeren, nachdem das geostrategische Gegengewicht weggefallen ist. Die USA - einst treibende Kraft hinter der bestehenden Völkerrechtsordnung - betrachten die Vereinten Nationen heute als Hindernis.
- Die Vorherrschaft der monetären Denkschule und der Prinzipien des Washington Consensus<sup>17</sup> in der Ökonomie. Beide entstanden nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum. Sie sind tief im anglo-amerikanischen Gesellschaftsmodell verankert, das dem europäischen diametral entgegengesetzt ist. Gleichwohl werden sie dogmatisch nur nach außen praktiziert, während die US-Finanz- und Wirtschaftspolitik durchaus pragmatisch ist.
- Dominanz in den relevanten internationalen Gremien Weltbank, IWF, G 7/8 und der WTO sowie der NATO unter dem Motto „America first“.
- Erhaltung der historisch einmaligen Stellung des Dollars als Weltleitwährung: Zentralbanken benötigen ihn gegen Währungskrisen, Staaten zur Exportstützung und zum Import von Öl und Industriegütern, Schwellen- und Entwicklungsländer zum Bedienen der Schulden bei IWF und den sog. Clubs von Paris und London<sup>18</sup>. Alle wichtigen Güter werden im Welthandel in US-Dollar fakturiert.
- Seit dem Ende des Goldstandards und der durch die schockartige Erhöhung des Ölpreises in den 1970er Jahren um mehrere hundert Prozent rasant gestiegenen Dollarnachfrage gibt es praktisch keinen Einfluss der Anleger mehr auf die US-Notenpresse.<sup>19</sup>
- Seit mehr als zwei Jahrzehnten betreiben die USA fast durchgängig eine bewusste defizitäre Handels- und Haushaltspolitik. Obwohl der Dollar inflationär ist, wird er nach wie vor als Zahlungsmittel und auf dem Welt-Kapitalmarkt akzeptiert. Die Hauptgründe: Furcht vor dem Kollaps, fehlender Mut zu Alternativen und die bisher erfolgreiche Botschaft, dass die Sicherheit vor den Bedrohungen der Welt nur von Amerika garantiert werden kann. Dort, wo dieser Glaube bröckelt, wird Instabilität erzeugt, die Abtrünnige auf den Pfad der Tugend zurückführt<sup>20</sup>.
- Das Dollarsystem zwingt zu exportorientierten Ökonomien, die den über WTO, IWF und Weltbank gesetzten Bedingungen nolens volens ausgesetzt sind. Darunter leiden besonders Schwellen- und Entwicklungsländer, die am Tropf des IWF hängen. Dessen Bedingungen sorgen dafür, dass die Gewinne aus dem Außenhandel der binnenwirtschaftlichen Entwicklung zugunsten des Schuldendienstes entzogen werden. Exportorientierte hoch produktive Volkswirtschaften, wie die deutsche, geraten unter den Konkurrenzdruck einer Globalisierung, deren Standards jenseits des Atlantiks gesetzt werden. Der Druck

wird nach innen weiter gegeben. Das Ergebnis ist an den Folgen der von Bundeskanzler Schröder durchgepeitschten sog. Agenda 2010 zu sehen.

- Amerika kann sich ein exorbitantes Leistungsbilanzdefizit von über 800 Mrd. Dollar, ein Haushaltsdefizit in gleicher Höhe<sup>21</sup> und eine Gesamtverschuldung von rund 11,5<sup>22</sup> Billionen gegenüber der Welt leisten. Der Rest der Welt finanziert das Defizit, solange die Zentralbanken die Exportgewinne in vermeintlich sicheren US-Staatsanleihen anlegen. Die ASEAN+3 Staaten reinvestieren hier 80% ihrer Handelsüberschüsse und halten ca. 90% aller Dollarreserven. Chinas Devisenreserven von aktuell 1,8 Billionen Dollar bestehen zu einem Drittel aus US-Staatspapieren.

Vereinfachend: Setzt man das Defizit in Bezug zum Militärbudget von 500 Mrd. Dollar, finanzieren die Rivalen die amerikanische Fähigkeit zur Machtprojektion im Sinne des Wolfowitz-Papiers, und legen noch ein Trinkgeld oben drauf. Der frühere deutsche Bundeskanzler und heutige Mitherausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT, Helmut Schmidt, fragte deswegen die Präsidentschaftskandidaten:

*„Wird Ihre Haushalts- und Finanzpolitik anstreben, die hoch defizitäre Außenbilanz ins Gleichgewicht zu bringen? Wird Amerika aufhören, einen großen Teil der Ersparnisse und der Kapitalbildung anderer Nationen zu verbrauchen? Treten Sie für eine vereinbarte Ordnung und Aufsicht über die hoch spekulativen globalen Finanzmärkte ein“<sup>23</sup>?*

- Die Hauptgewinner dieses Systems sind Big Oil und das dazugehörige Finanzkonglomerat sowie der militärisch-industrielle Komplex. Zu den Verlierern gehören nicht nur weite Teile der Welt, sondern auch große Bereiche der US-Industrie, die inzwischen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die US-Wirtschaft ist weitgehend zu einer Import- und Konsumwirtschaft geworden, die kreditfinanziert ist. Der scheidende Präsident musste dies in seinem letzten Wahlkampf im Mittleren Westen von erbosten Industriearbeitern auf drastische Weise erfahren. Sogenannte Exportweltmeister sonnen sich, noch, in einem trügerischen Licht.

### **Bedingung von Wirtschaft**

Jetzt und mittelfristig sind Erdöl und Erdgas als Bedingung von Wirtschaft, und damit von Entwicklung, Stärke und Einfluss, nicht zu ersetzen. Vor dem Hintergrund der erklärten „grand strategy“ der USA ist es daher mehr als auffällig, dass ein entscheidendes Thema bisher überwiegend hinter verschlossenen Türen diskutiert wird, aber nicht Gegenstand einer (welt-)öffentlichen Debatte ist, wie das beispielsweise bei der Klimafrage der Fall ist: „Peak Oil“<sup>24</sup>. Volkswirte verweisen beruhigend auf die vorhandenen Reserven, wie sie von den großen Ölgesellschaften angegeben werden. Dies ist mit hoher Wahrscheinlichkeit irreführend, weil es am Kern des Problems vorbeigeht und zum Teil auch die sog. Ressourcen mit einbezogen werden. Letztere sind jedoch lediglich vermutete Vorkommen.

Die entscheidende Frage, so namhafte Ölgeologen<sup>25</sup>, ist eine andere: **Wann ist der Zeitpunkt erreicht, zu dem die weltweit höchste Förderkapazität ihren Höhepunkt erreicht hat und dann kontinuierlich und unwiderruflich sinkt?** Der Hintergrund: wenn 50% eines Ölfeldes ausgebeutet sind, steigen technischer und

Energieaufwand für die Ausbeutung des Restes exponentiell an. Präzise Voraussagen, wann dieser Zeitpunkt erreicht sein wird, lassen sich naturgemäß nicht machen. Die Fachleute verorten ihn zwischen 2010 und 2020. Gleichzeitig steigt jedoch die weltweite Nachfrage aus den Schwellenländern. China ist nach den USA mit rund 20 Prozent der Weltfördermenge heute der Zweitgrößte Ölimporteur.

„The Cheney National Energy Report“ vom April 2001<sup>26</sup> in Verbindung mit den Prognosen der Geologen und der „grand strategy“ des PNAC-Dokumentes liefert stichhaltigere Erklärungen für die amerikanische Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik und die militärischen Interventionen der vergangenen Jahre als unsere transatlantischen White House- Astrologen in Politik und Medien. Dies gilt umso mehr, als die PNAC- Autoren keine Spindoktoren, sondern langjährige Amts- und Machtinhaber mehrerer Administrationen sind und führende Funktionen in der US-Ölindustrie innehatten. Eine Liste der Staaten und Regionen, die sich neben dem Irak – politisch oder militärisch - besonderer Aufmerksamkeit der USA erfreuen, gibt weiteren Aufschluss: Venezuela, Mexiko, Kolumbien, Sudan, die westafrikanische Küste (Sao Tomé, Principe), Algerien und Marokko, Libyen mit den aufschlussreichen Entwicklungen der letzten Jahre, Georgien und das Kaukasusgebiet, die ehemaligen islamischen Sowjetrepubliken, Iran, Pakistan, Indien (mit dem jüngsten Nukleardeal und einem inzwischen gescheiterten<sup>27</sup> Abkommen über strategische Partnerschaft), Indonesien, Afghanistan, Japan, Korea. Die Dislozierung amerikanischer Streitkräfte in der Welt <sup>28</sup>und die Bemühungen um Bereitstellung<sup>29</sup> von Militärstützpunkten in öl- strategisch wichtigen Regionen bis hin zur Besetzung eines Landes haben eine klare Botschaft: Wir wollen die Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung unserer Rivalen sicherstellen, indem wir bestimmen, wer wie viel Öl zu welchem Preis erhält.

*“While many regions of the world offer great oil opportunities, the Middle East with two thirds of the world’s oil and the lowest cost, is still where the prize ultimately lies..... „Let’s look at it simply. The most important difference between North Korea and Iraq is that economically, we just had no choice in Iraq. The country swims on a sea of oil.“<sup>30</sup>*

Deutlicher geht es nicht mehr. Den aufmerksamen Zuhörern der „Autumn Lunch Speech“ des Chief Executive Officer von Halliburton und heutigen Vizepräsidenten Dick Cheney war schon 1999 klar, wohin die Reise gehen würde.<sup>31</sup> Cheney warf die Frage auf, woher die jenseits von 2010 weltweit benötigten zusätzlichen 50 Millionen Barrel täglich<sup>32</sup> kommen sollten, wenn Regierungen und nationale (!) Ölgesellschaften 90% der Ölfelder kontrollierten. Zur Größenordnung: Der prognostizierte Zusatzbedarf machte 1999 fast zwei Drittel der Weltfördermenge aus. Cheney sah also die nationale Verfügungsgewalt als eines der Hauptprobleme an. Deswegen begann die Ausarbeitung militärischer Optionen für einen Regimewechsel im Irak bereits acht Monate vor dem 11.September 2001.<sup>33</sup>

### **Va banque**

Die Vereinigten Staaten haben weder die Vereinten Nationen noch ihre engsten Verbündeten jemals auf derart brutale Weise vor vollendete Tatsachen gestellt und die eigene Bevölkerung sowie die Weltöffentlichkeit zu täuschen versucht, wie das im Vorfeld des Irakkrieges geschah. Sie haben riskiert, ausgerechnet die Region zu destabilisieren, die in ihren strategischen Überlegungen die erste Priorität einnimmt

und für das Funktionieren der Weltwirtschaft eine erstrangige Bedeutung hat. Sie haben ihre Reputation als „soft power“, die für Frieden, Freiheit und Stabilität steht, aufs Spiel gesetzt und stehen heute als Lügner da. Die Frage ist angebracht, unter welchen Umständen rational gesteuerte Politiker ein solches Risiko eingehen und va banque spielen. Da die Handelnden weder Hasardeure, noch psychisch Gestörte sind, liegt die Erklärung nahe: Die US-Regierung plant und agiert auf der Grundlage der Peak-Prognosen, um deren dramatischen Konsequenzen für Amerikas Vormachtstellung vorzubeugen. Gestützt wird diese Einschätzung durch das von Paul Bremer mit dem Dekret 39 vom September 2003 verordnete Wirtschaftsprogramm. Es beließ die irakische Öl- und Gaswirtschaft unter amerikanischer Kontrolle (Dies hat sich inzwischen geändert). Ins Bild passt auch dieser, von der Weltöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommene, gleichwohl aussagekräftige Vorgang: Im August 2003 verzichtete Japan unter amerikanischem Druck auf einen unterschriftsreifen Vertrag mit Iran zur Entwicklung eines bedeutenden Ölfeldes.

Die neue Weltordnung des „America first“ stützt sich auf militärische Suprematie, das Dollarsystem, die Kontrolle der Energieströme<sup>34</sup>, Dominanz in den einschlägigen Institutionen der Weltwirtschaft und das Recht des Stärkeren. „Der“ internationale Terrorismus dient nach dem Wegfall jeglicher ernst zu nehmenden militärischen Bedrohung zur Rechtfertigung eines gigantischen Militärapparates vor der eigenen Bevölkerung.<sup>35</sup> Gleichzeitig hält der neue Feind die Truppe der Industrie- und Schwellenländer bei der Stange und lässt die Gläubiger weiterhin Papiergeld akzeptieren, das realwirtschaftlich nicht mehr gedeckt ist.

In einer Weltordnung, von der ein Akteur mit Hilfe der von ihm dominierten Instrumente überproportional profitiert, müssen sich die übrigen Akteure Fragen stellen, die alternativ in zwei Hauptrichtungen beantwortet werden können:

### **Anpassung – Unterordnung – reagieren?**

oder

### **Gegensteuern – Neujustieren – agieren?**

Bejaht man die erste Fragestellung, dominieren die Risiken: zunehmende Abhängigkeit bis zum Vasallentum, Verlust eigener Handlungsspielräume und eigener Politikansätze, Rechtsunsicherheit, weitere Kriege und Destabilisierung, eigener Blutzoll, Verschwendung geistiger und materieller Ressourcen, Entstehen von aggressiver Gegenmacht, europäischer Zerfallsprozess, Dauergefahr eines Kollapses des demokratischen Systems. Die Hoffnung, auch künftig zu den Gewinnern zu zählen, dürfte sich dagegen nur für wenige erfüllen. Für Europa und die seit 1945 US-orientierten asiatischen Staaten wäre es ein schwerer Fehler, die positiven wirtschaftlichen System-Erfahrungen der Zeit zwischen 1945 und der Wende 1990 auf die Zukunft zu übertragen. Sie waren dem Kalten Krieg geschuldet.

Der sanfte Hegemon<sup>36</sup> des Josef Joffe existiert nämlich nicht mehr. Er kann es sich aus seinem Anspruch heraus nicht leisten, den kleiner werdenden

Kuchen wie bislang zu teilen, weil ihm das Wasser bis zum Hals steht. Die Konkurrenz ist zu groß geworden.

Den zweiten Weg einzuschlagen, beinhaltet ebenfalls Risiken. Die Chancen überwiegen jedoch, weil er als Alternative nur das „zivile“ Kontrastprogramm sein kann und einen Prozess mit größerem Gestaltungsspielraum in Gang setzt. Als Initiator, Träger und Katalysator dieser Alternative käme primär nur Europa in Frage, weil es wirtschaftlich stark genug ist, sein Einigungsprozess vergleichsweise weit fortgeschritten ist und seine Kultur des Interessenausgleichs, der Rechtsstaatlichkeit und der diplomatischen Konfliktregelung – bislang noch - weltweit Anerkennung findet. Zur Realisierung ist es allein jedoch nicht stark genug. Die USA werden ohne Not nicht bereit sein, sich auf einen multilateralen Ansatz einzulassen, solange sie vom Ist-Zustand den Rahm abschöpfen können, ihre Position der Stärke weit überschätzen und ihnen die Unkosten zum großen Teil vom Rest der Welt erstattet werden. Andererseits können die anstehenden Probleme nicht ohne Amerika gelöst werden. Folglich muss Europa Verbündete finden, um die Vereinigten Staaten zur Einsicht zu bringen. Für eine Gegenstrategie fehlen nicht primär die Instrumente, sondern der nüchterne Blick auf die jeweilige Interessenlage, Mut, die Fähigkeit zwischen Fakten und Bluff zu unterscheiden und der Wille zu agieren anstatt zu reagieren.

Anstatt die eigene Interessenlage nüchtern zu analysieren, wird jedoch in Europa, besonders in Deutschland, in einer Mischung aus Dankbarkeit, Pietät und Respekt an eine längst nicht mehr existierende transatlantische Interessenidentität geglaubt. Die Realität sieht jedoch so aus:

Mitte Januar 2004 schob Alan Greenspan in seiner Berliner Rede den Europäern ungerührt den Schwarzen Peter für die Dollarschwäche zu und empfahl als Mittel gegen einen US-Finanzkollaps die Umwandlung der nationalen Rentenkassen in private Fonds, die ihre Gelder dann in den USA anlegen würden.

In Davos versammeln sich alljährlich hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft. 2004 durfte Vizepräsident Cheney seine Zuhörer mit dem 8%-Boom der US-Wirtschaft im dritten Quartal 2003 beeindrucken, der über die Steuergeschenke von Mitte 2003 von einem Großteil der versammelten ausländischen Anleger bezahlt worden war. Widerspruch war nicht zu vernehmen, weder in Berlin noch in Davos. So kann der Teufelskreis aus Abhängigkeit - Exportzwang – Dollaranlage - US-Defizit - noch mehr Export - nicht durchbrochen werden.

Wer weiterhin auf die US-Konjunktur als Motor für die Weltwirtschaft setzt, wird letztlich seine ökonomische Basis zerstören. Immer wenn sich der jeweilige Fed-Chef zum Zinsniveau räuspert, bekommen die Börsen weltweit Schluckauf. Wie lange wollen sich Unternehmen und ganze Volkswirtschaften diese Abhängigkeit zulasten der Masse der Bürger noch bieten lassen? Weltweit gibt es keinen zweiten Schuldner, der seinen Gläubigern die Bedingungen diktieren kann.

***Project for the New American Century.*** Das war vor acht Jahren bewusst visionär und aggressiv im Sinne von Exklusion formuliert. Die Vision hat aber binnen Kurzem reale Konturen angenommen, weil sie in Politik umgesetzt wurde: Im Irak, in Afghanistan, gegenüber Russland, bei der erfolgreichen Spaltung der EU, im Iran, in Pakistan. Wenn europäische Banken und Unternehmen im vorausseilenden Gehorsam Geschäftsbeziehungen mit Iran abbrechen<sup>37</sup>, weil sie den Zorn der selbsternannten Götter im Washingtoner Olymp fürchten und damit die eigenen Volkswirtschaften schädigen, muss gehandelt werden. Wenn Europa und andere die ihnen zgedachte Opfer- und Vasallenrolle nicht annehmen wollen, müssen sie ihre Vision formulieren und politisch umsetzen. Und nicht nur insgeheim grummeln.

### **Eckpfeiler eines europäischen Gegen-Projekts**

Wie könnten die Eckpfeiler eines ***Projekts für das Europäische 21 Jahrhundert*** aussehen, das außerhalb der USA konsensfähig ist, weil es keine hegemonialen Ambitionen hat? Ein Projekt, das darauf abzielt, die wirtschaftliche Entwicklung wieder mit Priorität nach Innen zu richten, anstatt den Weltmarkt weiterhin als Arena für ökonomische Killertruppen<sup>38</sup> zu nutzen? Den Vorschlägen liegt das seriös nicht zu widerlegende sicherheitspolitische Analyseergebnis zugrunde, dass Europa auf absehbare Zeit militärisch nicht bedroht und somit auf amerikanische Sicherheitsgarantien nicht (mehr) angewiesen ist:

- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Asien und Lateinamerika und Afrika
- Ermutigung zu und Hilfestellung bei Schaffung einer asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft nach europäischem Vorbild
- Unterstützung der ASEAN+3- Gruppe<sup>39</sup> bei den hierzu bereits angelaufenen rudimentären Ansätzen
- Unterstützung der Unasur/Mercosur<sup>40</sup> im lateinamerikanischen Einigungsprozess
- Strategischer Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation zwischen EU, Asien, Russland, Lateinamerika und Afrika
- Änderung der Maastrichtkriterien<sup>41</sup> mit dem Ziel, die europäische Infrastruktur auszubauen und über Osteuropa hinaus neue Marktarterien zu schaffen
- Änderung der monetären Philosophie und Funktion der EZB als Diener der vom Dollar beherrschten Finanzplätze New York und London
- Bruch mit der Ideologie, die Volkswirtschaften auf Handelsüberschüsse auszurichten, die ein vor dem Kollaps stehendes Dollarsystem<sup>42</sup> füttern und nach innen die Kohäsion der Gesellschaften sprengen

- Bruch mit der Ideologie des freien Welthandels der die Starken gegen die Schwachen ausspielt<sup>43</sup>
- Initiative der EU-Regierungen für ein neues „Bretton Woods“ zur Reorganisation des Weltfinanzsystems, das auf ökonomische Entwicklung ausgerichtet ist
- Etablierung einer Alternative zur Leitwährung Dollar, die nicht von einer nationalen Währung abhängig ist und Ermutigung asiatischer Zentralbanken zur Diversifizierung ihrer Währungsreserven<sup>44</sup>
- Kappung der Bindungen in der jetzigen Form zu IWF und Weltbank
- Stärkung der – bislang auf Druck Washingtons verhinderten - Rolle der Asian Development Bank<sup>45</sup> für die Finanzierung regionaler Wirtschaftsstrukturen
- Sprengung des Petrodollar-Kartells durch Aufbau privilegierter Beziehungen zu Öllieferstaaten einschließlich Russlands
- Änderung parasitärer Strukturen der europäischen Politik, wie im Agrarsektor und den Verhandlungspositionen in der Doha-Runde<sup>46</sup> der WTO
- Verlegung des Schwerpunktes der Finanzpolitik hin zu Investitionen
- Koordinierung der europäischen Außen-/Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausschließlich im Rahmen der EU
- Verzicht der EU auf den Status und die Fähigkeiten einer globalen Militärmacht
- Strikt defensive Ausrichtung der Streitkräfte sowie Ausbau der Fähigkeiten zur Stabilisierung von Krisengebieten bei Vorliegen eindeutiger Mandate von UNO oder OSZE
- Initiative der EU zur Einrichtung einer UN Standing Peacekeeping Force<sup>47</sup>
- Organisation einer „Konferenz für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entwicklung für den Nahen/Mittleren Osten“ analog zur KSZE<sup>48</sup> der 1970er Jahre, unter Einbeziehung aller Akteure
- Krisenprävention durch Primat von Diplomatie und Wirtschaft in den Außenbeziehungen auf der Basis von Interessenausgleich und Gegenseitigkeit
- Strikte Bindung an das Recht<sup>49</sup>
- Initiative der EU zur Stärkung und Reform der UNO
- Ersatz der NATO durch ein europäisches System gegenseitiger kollektiver Sicherheit unter Einschluss Russlands
- Initiative zur Bekämpfung des Terrorismus ausschließlich mit allen zivilen Mitteln der Strafverfolgung im Rahmen der Vereinten Nationen<sup>50</sup>

## Rolle Chinas

Die USA sind auf den Erhalt der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung angewiesen. Nur sie garantiert die ökonomischen Ressourcen zum Unterhalt des gigantischen US-Militärapparats, der für ihre Rolle als Supermacht, neben dem Dollar, unverzichtbar ist. Noch ist China ein willkommener, weil unverzichtbarer Abnehmer amerikanischer Staatspapiere. Auf diese Rolle wird es sich aber auf Dauer nicht reduzieren lassen. Die Energiefrage im Kontext einer China in den letzten Jahren wesentlich näher gerückten US-Militärpräsenz birgt reichlichen Sprengstoff. Für viele Dollaranleger stellt sich zudem die Frage: Wie lange sollen sich die Gläubiger noch vom Schuldner nötigen lassen, Handelsüberschüsse gegen inflationäres Papiergeld einzutauschen und damit ein ggf. gegen sie gerichtetes Drohpotenzial zu finanzieren?

Wenn Europa den Versuch nicht wagt, an den Stellschrauben der Weltpolitik zum Vorteil aller Akteure zu drehen, wird es an der Seite der Imperialmacht auch künftig mitziehen müssen in die Globalisierungskriege der Zukunft - unter der Flagge „War on Terrorism“. Von Israel bis Nordirland, von Afghanistan<sup>51</sup> bis Indonesien und den Philippinen ist hingegen klar geworden, dass militärische Mittel als Repressionsinstrument ungeeignet sind. Das liegt in der Natur der Asymmetrie. Alle bisherigen Erfolge bei der Festnahme führender Köpfe von Terrorgruppen sind das Ergebnis einer geduldigen, zähen Arbeit von Polizei und Geheimdiensten im multinationalen Verbund. Wer hier auf militärische Mittel setzt, erntet den neuen „Hundertjährigen Krieg“<sup>52</sup>, von dem der ehemalige CIA- Direktor James Woosley spricht, um die Vasallen aus der westlichen Wertegemeinschaft in die Disziplin zu zwingen.

Statt weiterhin den altersschwachen Motor der Weltwirtschaft mit den eigenen Überschüssen zu subventionieren, sollte die hoch produktive europäische Wirtschaft selbst zum Motor zu werden. Die US- Drohung, die Exporte über den Dollar in die Zange zu nehmen wird als Bluff entlarvt, wenn sich die EU, China, Russland und Japan zusammen mit weiteren asiatischen und lateinamerikanischen Ländern über eine Weltleitwährung verständigen, die von einer nationalen Kontrolle unabhängig ist. Denn ohne deren Anlagen ist das amerikanische Defizit nicht mehr zu finanzieren. China hat den Diversifizierungsprozess bereits eingeleitet, weil der relative Wert seiner Dollarrücklagen stetig zurückgeht. In der ASEAN+3 Gruppe wird intensiv über die Ausgabe von Staatsanleihen in regionalen Währungen und die Vergrößerung des asiatischen Nothilfefonds gedacht. Das ist Sprengstoff für das Dollarsystem. Eine solche Entwicklung bedarf daher der konzeptionellen und institutionellen Steuerung. Wird sie sich selbst überlassen, droht tatsächlich das Chaos, das Greenspan et alia bisher virtuos als Disziplinierungsinstrument einsetzen.

Europa ist stark genug, um über eine wirtschaftlich-strategische Verbindung mit

Asien und Russland die Verantwortung für eine gerechtere und fairere Weltwirtschaftsordnung zu übernehmen. Dabei muss es klug genug sein, die Fehler des Dollarimperiums der letzten Jahrzehnte nicht zu wiederholen. Der Dynamik eines solchen Prozesses könnten sich die USA nicht entziehen. Letztlich käme er auch ihrer eigenen Wirtschaft zugute.

Die Atlantiker auf beiden Seiten warnen bei diesem Thema stets vor amerikanischem Isolationismus. Auch das ist Bluff, weil die geostrategischen Gründe für die USA dies nicht zulassen. Isolationismus wäre das Ende der Weltmachtrolle Amerikas, weil die mit hohem Aufwand gesicherte und ihm im Prinzip freundlich gesinnte Gegenküste Europa unverzichtbar ist. Die US-Eliten wissen das. Zu Hasenfüßigkeit gibt es folglich auch hier keinen Grund. Wer sich allerdings ins Boxhorn jagen lässt, hat beim Pokern schlechte Karten.

## **Ausblick**

Europa kann sich wegen seines Gesamtgewichts einer globalen Rolle nicht entziehen. Außerhalb des „Westens“ und in der Chefetage der UNO wird sie von uns auch erwartet. Aber natürlich nicht als Kopie oder Wurmfortsatz des jetzigen Hegemons. Eine in diesem Sinn europäisch geprägte Weltordnung muss vielmehr so gestaltet werden, dass

*„sich Europa und die USA darin auch dann noch wohl fühlen, wenn ihre Stellung nicht mehr so überragend sein wird wie heute.“<sup>53</sup>*

Ersetzt man im auf die internationale Ordnung gemünzten Zitat Europa und die USA durch England und Frankreich, wird ein wesentliches Erfolgsgeheimnis der EU deutlich. Helmut Kohl und seine Vorgänger wussten dies noch, seine Nachfolger ohne Kriegserfahrung reklamieren hingegen für Deutschland eine Normalität, die sich angesichts seiner Geschichte im 20. Jahrhundert verbieten sollte. Sie senden damit auch falsche Signale in den Apparat der Exekutive aus, in dem das mittlere Politikmanagement bereits der Generation angehört, die schon den Kalten Krieg nicht mehr reflektierend erlebt hat.<sup>54</sup>

Nur der aktive Einsatz für die Veränderung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen schafft wirkliche neue Spielräume. Jeder Euro, den Europa für das Zusammenflicken von Staaten ausgibt, die von amerikanischen Präzisionswaffen zerlegt worden sind, kann nicht investiert werden. Jeder Renminbi, der zur Stützung des Dollars ausgegeben wird, ist der binnenwirtschaftlichen Entwicklung Chinas entzogen.

Die politischen Ansätze der EU für ein Umsteuern sind über einen Embryonalzustand bisher nicht hinaus gelangt, obwohl es deutliche Signale, z. B. aus China gibt.<sup>55</sup> Daran haben die jährlichen „Asia-Europe-Meetings“ und die Besuche der deutschen Bundeskanzler in Peking nichts geändert.

Angesichts der Prognosen führender Ölgeologen und des äußerst fragilen Weltfinanzsystems drängt jedoch die Zeit. Die jüngsten Ereignisse im Kaukasus kündigen darüber hinaus einen Paradigmenwechsel an: Russland ist zurück auf der

Weltbühne. Die USA erleben ihren ersten realen „Blowback“, den Chalmers Johnson bereits vor acht Jahren konstatiert hat: „Die USA sehen sich gerne als den Sieger des Kalten Krieges. Aller Voraussicht nach werden die, die in einem Jahrhundert zurückblicken, keinen Sieger erkennen können; vor allem dann nicht, wenn die Vereinigten Staaten weiter an ihrem derzeitigen imperialen Kurs festhalten.“<sup>56</sup>

Wie angeschlagene Boxer reagieren können, ist bekannt. Dass auch Staaten alles auf eine Karte setzen, wenn sie glauben, mit dem Rücken zur Wand zu stehen, hat die Geschichte gezeigt. Der ehemalige singaporische Diplomat Kishore Mahbubani hat in seinem 2008 erschienen Buch „The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift of Global Power to the East“ die Götterdämmerung für den Westen angedeutet. Zur Rezeption des kurzen Krieges in Georgien durch die westlichen Medien schrieb er am 20. August 2008:

*“It is therefore critical for the west to learn the right lessons from Georgia. It needs to think strategically about the limited options it has. After the collapse of the Soviet Union, western thinkers assumed the west would never need to make geopolitical compromises. It could dictate terms. Now it must recognise reality. The combined western population in North America, the European Union and Australasia is 700m, about 10 per cent of the world’s population. The remaining 90 per cent have gone from being objects of world history to subjects. The Financial Times headline of August 18 2008 proclaimed: [‘West in united front over Georgia’](#). It should have read: ‘Rest of the world faults west on Georgia’.*

Dass diese Einsichten bei dem außenpolitischen Chefberater des demokratischen Präsidentschaftskandidaten, Zbigniew Brzezinski, noch nicht angekommen sind, zeigen seine Kommentare zu der Kaukasuskrise.<sup>57</sup> Seine Hybris, wie sie hier zum Ausdruck kommt:

*“Currently, Europe--despite its economic strength, significant economic and financial integration, and the enduring authenticity of the transatlantic friendship--is a de facto military protectorate of the United States. This situation necessarily generates tensions and resentments, especially since the direct threat to Europe that made such dependence somewhat palatable has obviously waned. Nonetheless, it is not only a fact that the alliance between America and Europe is unequal, but it is also true that the existing asymmetry in power between the two is likely to widen even further in America's favor.”<sup>58</sup>*

sowie die fatale Strategie, die der Spaltung Europas mit der Einbeziehung Polens und der Tschechischen Republik in die „National Missile Defense“<sup>59</sup> (NMD) zugrunde liegt, erfordern von Europa eine angemessene Antwort. Und dies auch zum besten Amerikas.

© August 2008 Jochen Scholz: Nach 38 Jahren als Berufsoffizier der Luftwaffe nun außenpolitischer Berater und Mitglied der „Kommission Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Die letzten sechs Dienstjahre im Bundesministerium der Verteidigung im Stab des Generalinspektors eingesetzt. Davor zwölf Jahre in NATO-Gremien, sechs Jahre in NATO-Stäben.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> The Project for the New American Century (PNAC): "Rebuilding America's Defenses", September 2000, von Paul Wolfowitz (Hrsg.)

<http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>

<sup>2</sup> Johannes J. Reich (Bankhaus Metzler) im Managermagazin vom 27. 05. 03 in „Die neue Weltordnung“, <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,249860,00.html>

<sup>3</sup> <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/z?c104:H.R.3107.ENR>:

Vgl. auch hier: <http://italy.usembassy.gov/pdf/other/RS20871.pdf> und [http://www.fas.org/irp/congress/1996\\_cr/h960618b.htm](http://www.fas.org/irp/congress/1996_cr/h960618b.htm)

<sup>4</sup> [http://www.metzler.com/metzler/generator/metzler/en/Equities/Einstieg\\_20\\_28Content\\_29.html](http://www.metzler.com/metzler/generator/metzler/en/Equities/Einstieg_20_28Content_29.html)

<sup>5</sup> Vgl. William F. Engdahl: Wird Asien den Dollar aufgeben?

<http://www.engdahl.oilgeopolitics.net/print/ASEAN%20&%20Dollar-System.htm>

<sup>6</sup> <http://www.newamericancentury.org/>

<sup>7</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Full-spectrum\\_dominance](http://en.wikipedia.org/wiki/Full-spectrum_dominance)

<sup>8</sup> <http://www.aei.org/research/projectID.11/project.asp>

<sup>9</sup> Willy Wimmer kandidiert nicht mehr für den 17. Deutschen Bundestag

<sup>10</sup> Vgl. Faksimile Seite 7 und 8 in Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2000

[http://www.nato-tribunal.de/blaetter\\_wimmer.pdf](http://www.nato-tribunal.de/blaetter_wimmer.pdf)

<sup>11</sup> Progressive Internationalism: A Democratic National Security Strategy

[http://www.ppionline.org/ppi\\_ci.cfm?contentid=252144&subsecid=900020&knlgAreaID=450004](http://www.ppionline.org/ppi_ci.cfm?contentid=252144&subsecid=900020&knlgAreaID=450004)

<sup>12</sup> Vgl Anmerkung i

<sup>13</sup> US-Präsident von 1825 bis 1829, Mitbegründer der „Monroe-Doktrin“

<sup>14</sup> Vgl. Studien von Zeitfragen, Jahrbuch 2001

[http://www.jahrbuch2001.studien-von-zeitfragen.net/Weltmacht/Atlantizismus\\_/atlantizismus\\_.html](http://www.jahrbuch2001.studien-von-zeitfragen.net/Weltmacht/Atlantizismus_/atlantizismus_.html)

<sup>15</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Berlin\\_Plus](http://de.wikipedia.org/wiki/Berlin_Plus) und

<http://www.europa-reden.de/info/esvp.htm>

<sup>16</sup> Vgl. Texte der VN-Sicherheitsrats-Resolutionen 1368 und 1373 vom September 2001:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Terrorismus/un-res-1368-1373-1377.html>

---

<sup>17</sup> Freihandel, Liberalisierung, Deregulierung, Subventionsabbau, Privatisierung, Zahlungsfähigkeit für Schuldendienst

Vgl. dazu: <http://www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html>

<sup>18</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Pariser\\_Club](http://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Club)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Londoner\\_Club](http://de.wikipedia.org/wiki/Londoner_Club)

<sup>19</sup> Vgl. William F. Engdahl: Mit der Ölwanne zur Weltmacht, Kopp-Verlag Rottenburg am Neckar, 2007 und

[http://www.engdahl.oilgeopolitics.net/Auf\\_Deutsch/Olwaffe/olwaffe.html](http://www.engdahl.oilgeopolitics.net/Auf_Deutsch/Olwaffe/olwaffe.html)

<sup>20</sup> Vgl. Jürgen Elsässer: Wie der Dschihad nach Europa kam. Gotteskrieger und Geheimdienste auf dem Balkan, Niederösterreichisches Pressehaus St. Pölten 2005

<sup>21</sup> Mit den Ankündigungen von President-elect Obama und den von der Bush-Regierung bisher getroffenen Maßnahmen gegen die Finanzkrise wird sich das Haushaltsdefizit auf über zwei Billionen Dollar erhöhen

<sup>22</sup> Stand: 14.11.2008

<sup>23</sup> Zitiert aus DIE ZEIT Nummer 6/2008

<http://www.zeit.de/2008/06/01-USA>

<sup>24</sup> Vgl. ASPO Deutschland

<http://energiekrise.de/> sowie

<sup>25</sup> Vgl. <http://www.peakoil.net/>

„Submission to the Cabinet Office on Energy Policy“ by The Oil Depletion Analysis Centre, September 9, 2001. [www.cabinet-office.gov.uk](http://www.cabinet-office.gov.uk)

Simmons, Matthew, address to Association for the Study of Peak Oil, May 27, 2003, French Petroleum Institute (IFP) [www.fromthewilderness.com](http://www.fromthewilderness.com)

Campbell, Colin, „Forecasting Global Oil Supply 2000-2050“, M. King Hubbert Centre for Petroleum Supply Studies, Colorado School of Mines, July 2002

Vgl. auch: Princeton University Geology Department, Universität Uppsala, Douglas-Westwood Ltd., Petroconsultants Schweiz

<sup>26</sup> Erstellt auf der Grundlage „Strategic Energy Policy: Challenge for the 21st Century“, James Baker Institute for Public Policy and Council on Foreign Relations, Houston, April 2001. [www.rice.edu](http://www.rice.edu)

<sup>27</sup> Vgl. <http://info.kopp-verlag.de/news/indien-loest-sich-aus-der-militaerischen-partnerschaft-mit-den-usa.html>

<sup>28</sup> Vgl. Foreign Policy in Focus <http://www.fpif.org/fpifinfo/5125>

<sup>29</sup> Zum Beispiel: African Command

<http://www.africom.mil/>

<sup>30</sup> Zitiert nach Studien von Zeitfragen Jahrbuch 2004

[http://www.jahrbuch2004.studien-von-zeitfragen.net/Zeitfragen/Cheney\\_on\\_Oil/cheney\\_on\\_oil.html#Prize](http://www.jahrbuch2004.studien-von-zeitfragen.net/Zeitfragen/Cheney_on_Oil/cheney_on_oil.html#Prize)

---

Vgl. auch: ) „Wolfowitz: The Iraq War was about Oil“, The Guardian, 4. Juni 2003 in einem Bericht über eine Sicherheitskonferenz in Singapur

<http://www.commondreams.org/headlines03/0604-10.htm>

<sup>31</sup> Vgl. London Institute of Petroleum, 1999, [www.petroleum.co.uk](http://www.petroleum.co.uk)

<sup>32</sup> Die neuesten Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur gab im November 2008 deren Chefvolkswirt bekannt: „Es braucht bis 2030 vier neue Saudi-Arabiens“, Süddeutsche Zeitung v. 12.11.2008

<sup>33</sup> Vgl. Paul O’Neill, erster Finanzminister unter George W. Bush in Mid-East Realities, 10. Januar 2004,

[www.MiddleEast.org](http://www.MiddleEast.org)

<sup>34</sup> “The overriding motivation for this political smokescreen [Krieg gegen den Terrorismus] is that the US and UK are beginning to run out of secure hydrocarbon energy supplies...As demand is increasing, so supply is decreasing, continually since the 1960s.”, Michael Meacher, britischer Umweltminister von 1997-2003, “This War on Terrorism is Bogus” in: Guardian, 6. September 2003

<sup>35</sup> “Moreover, as America becomes an increasingly multi-cultural society, it may find it more difficult to fashion consensus on foreign policy issues, except in the circumstance of a truly and widely perceived direct external threat.”, Zbigniew Brzezinski in “The Grand Chessboard” (1997), Seite 211

<sup>36</sup> <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1996/mai1996/die-weltmacht-und-der---sanfte-hegemon---.html>

<sup>37</sup> Deutsche Bank gibt Iran-Geschäft auf

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,497032,00.html>

<sup>38</sup> Vgl. „Confessios of an Economic Hitman »

<http://www.lewrockwell.com/wanniski/wanniski53.html>

<sup>39</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/ASEAN\\_Plus\\_Three](http://de.wikipedia.org/wiki/ASEAN_Plus_Three)

<sup>40</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Union\\_S%C3%BCdamerikanischer\\_Nationen](http://de.wikipedia.org/wiki/Union_S%C3%BCdamerikanischer_Nationen) sowie

<http://de.wikipedia.org/wiki/Mercosur>

<sup>41</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenzkriterien>

<sup>42</sup> Vgl. Anmerkung v

<sup>43</sup> Vgl. Karl Polanyi, The great Transformation, 1944, deutsch bei Suhrkamp 1978, Taschenbuch Wissenschaft 260

[http://www.grundrisse.net/buchbesprechungen/karl\\_polanyi.htm](http://www.grundrisse.net/buchbesprechungen/karl_polanyi.htm)

und

John Gray, Die falsche Verheißung, Alexander Fest Verlag, Berlin 1999

Buchkritik: <http://www.inkultura-online.de/gray.htm>

<sup>44</sup> Vgl. auch: China paper urges new currency order after "financial tsunami"

<http://www.reuters.com/article/ousiv/idUSPEK4365020080917?sp=true>

---

<sup>45</sup> <http://www.adb.org/>

<sup>46</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Doha-Runde>

<sup>47</sup> Vgl. <http://en.wikipedia.org/wiki/Peacekeeping>

<sup>48</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/KSZE>

<sup>49</sup> Zum Beispiel verzichtet die Europäische Sicherheitsstrategie auf eine eindeutige Festlegung, militärisch ausschließlich auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu handeln

Vgl. <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>

<sup>50</sup> Vgl. die Studie der RAND Corporation vom Juli 2008 „How Terrorist Groups end“  
[http://www.rand.org/pubs/research\\_briefs/RB9351/index1.html](http://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB9351/index1.html)

<sup>51</sup> Die Zahl der Anschläge und Gefechte gegen die ISAF-Truppen hat sich von 2005 bis 2008 von monatlich 20 auf wöchentlich 250 erhöht (Stand Mitte August 2008, eigenes Archiv)

<sup>52</sup> Vgl. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/druessel.html>

<sup>53</sup> Der frühere deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher: „Politikberatung durch Immanuel Kant“ in Der Tagesspiegel v. 10. Februar 2004

<sup>54</sup> Vgl. die skandalösen Äußerungen eines Diplomaten des Auswärtigen Amtes anlässlich der Präsentation eines Seminarergebnisses an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zum Thema „Energiesicherheit 2050“ im Juni 2008

[http://209.85.135.104/search?q=cache:bzC3UbQM\\_lkJ:www.baks.bundeswehr.de/portal/PA\\_1\\_0\\_P3/PortalFiles/02DB04000000001/W27GDKGN204INFODE/Rede%2Bdes%2BSeminarsprechers%2B\\_2\\_.pdf%3Fyw\\_repository%3Dyouatweb+eugen+woffarth+rede+abschlu%C3%9F+seminars+2008&hl=de&ct=clnk&cd=1](http://209.85.135.104/search?q=cache:bzC3UbQM_lkJ:www.baks.bundeswehr.de/portal/PA_1_0_P3/PortalFiles/02DB04000000001/W27GDKGN204INFODE/Rede%2Bdes%2BSeminarsprechers%2B_2_.pdf%3Fyw_repository%3Dyouatweb+eugen+woffarth+rede+abschlu%C3%9F+seminars+2008&hl=de&ct=clnk&cd=1)

sowie

„Bär und Drache“

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57316>

<sup>55</sup> Vgl. „China’s EU Policy Paper“ v. 13. Oktober 2003, Chinesisches Außenministerium

<sup>56</sup> Chalmers Johnson, Blowback: The Costs and Consequences of American Empire (Holt/Owl).  
Siehe auch: <http://www.thenation.com/doc/20011015/johnson>

<sup>57</sup> <http://www.welt.de/politik/article2296378/Russlands-Vorgehen-aehnelt-dem-von-Hitler.html>

<sup>58</sup> Zitiert aus Studien von Zeitfragen, Jahrbuch 2001

[http://www.jahrbuch2001.studien-von-zeitfragen.net/Weltmacht/Atlantizismus\\_/atlantizismus\\_.html](http://www.jahrbuch2001.studien-von-zeitfragen.net/Weltmacht/Atlantizismus_/atlantizismus_.html)

---

<sup>59</sup> Vgl. auch: Keir A. Liebr, Darley G. Press, „The End of MAD“

[http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/is3004\\_pp007-044\\_lieberpress.pdf](http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/is3004_pp007-044_lieberpress.pdf)

und “The Rise of U.S. Nuclear Primacy” in Foreign Affairs, April/Mai 2006, S. 42 – 54

<http://www.foreignaffairs.org/20060301faessay85204/keir-a-lieber-daryl-g-press/the-rise-of-u-s-nuclear-primacy.html?mode=print>